

Landesarchiv-Affäre: Landtag behält sich Untersuchungsausschuss vor

zuletzt aktualisiert: 03.12.2010 - 11:24, Rheinische Post

Duisburg (RPO) Die Affäre um das Landesarchiv in Duisburg könnte zur Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses führen. Redner von SPD, Grünen und Linken forderten am Freitag im Düsseldorfer Landtag eine vollständige politische und juristische Aufklärung des Falls.



Hier wird das neue NRW-Landesarchiv gebaut

Der Grünen-Haushaltsexperte Mehrdad Mostofizadeh sagte, man behalte sich alle parlamentarischen Möglichkeiten der Aufklärung vor. Der SPD-Abgeordnete Markus Töns fragte nach der Rolle des ehemaligen Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers und des früheren Kulturstaatssekretärs Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (beide CDU). Mögliches kriminelles Verhalten müsse ermittelt werden, sagte die FDP-Abgeordnete Angela Freimuth. An einem "Schwarzer-Peter-Spiel" werde man sich aber nicht beteiligen.

160 statt 80 Millionen Euro Baukosten

Die Staatsanwaltschaft Wuppertal ermittelt in dem Fall gegen Unbekannt wegen des Verdachts auf Korruption und Geheimnisverrat. Mittlerweile sind auch andere Projekte des Bau- und Liegenschaftsbetriebes (BLB) des Landes NRW ins Zwielficht geraten.

Am Montag hatte die Staatsanwaltschaft in der BLB-Zentrale in Düsseldorf zahlreiche Unterlagen sichergestellt. Geprüft wird unter anderem, ob dem Land beim Kauf des Grundstücks für ein neues Landesarchiv durch eine Indiskretion ein Schaden von rund 25 Millionen Euro entstanden ist. Ursprünglich hatte das Land mit Kosten in Höhe von 80 Millionen Euro für das Landesarchiv kalkuliert, inzwischen sollen es 160 Millionen Euro sein.

Nach dapd-Informationen wollen die Koalitionspartner SPD und Grüne am Montag über das weitere Vorgehen sowie die mögliche Einsetzung eines Untersuchungsausschusses im Landtag beraten. Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) sprach angesichts der "Explosion der Kosten" von einem "Skandal". Die Planungen für das Landesarchiv seien nach dem Motto "Koste es, was es wolle" erfolgt. Bereits am Donnerstag hatte das Finanzministerium eine Sonderprüfung des BLB angekündigt. Damit solle eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft beauftragt werden. Der CDU-Abgeordnete Jens Petersen warf besonders der Linksfraktion, die die Parlamentsdebatte beantragt hatte, eine nicht hinzunehmende Vorverurteilung vor. Linke-Fraktionsvize Rüdiger Sagel wies die Kritik zurück. Die CDU-Fraktion wolle offenbar ihre in den Fall verwickelten Parteifreunde schützen.